

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1466

der Abgeordneten Daniel Freiherr von Lützow (AfD-Fraktion) und Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/3994

### **Webdokumentation „Gegen uns: Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt seit 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft“ und Aktivitäten der „Migrantifa“ in Brandenburg**

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Webdokumentation „Gegen uns: Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt seit 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft“ wurde mit dem „Grimme Online Award 2021“ in der Kategorie „Information“ ausgezeichnet. Diese Dokumentation ist ein Gemeinschaftsprojekt des „Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.“ (VBRG) und der Opferberatung „Support“ der „RAA Sachsen e.V.“ in Kooperation mit der „Opferperspektive e.V.“ und „ezra - Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen“, welche von der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland getragen wird.<sup>1</sup> Auf der Internetpräsenz des Projektes erzählen sogenannte Opfer von ihren Erfahrungen mit rassistischer Gewalt. Dabei berufen sich die Autoren in den Artikeln auf teils zweifelhafte Quellen wie zum Beispiel die „Antifa Nachrichten Thüringen“.<sup>2</sup> Überdies wird auf der Internetpräsenz der Webdokumentation über die „Migrantifa“ berichtet.<sup>3</sup> Die „Migrantifa“ steht für bedenkliche ideologische Inhalte wie etwa die Abschaffung der Polizei oder auch für antiisraelische Positionen.<sup>4</sup>

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe unterstützte die Landesregierung das Projekt „Gegen uns: Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt seit 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft“ finanziell?

Zur Frage 1: Die Opferperspektive hat die Brandenburger Episode zu dem Projekt aus den ihr für ihre laufende Arbeit zugewendeten Mitteln „Beratung für Betroffene rechter Straf- und Gewalttaten“ finanziert. Die Kosten für die Erstellung beliefen sich auf 10.124,90 EUR.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://taz.de/!5777572/>, zuletzt aufgerufen am 12.07.2021 um 12:41 Uhr.

<sup>2</sup> Vgl. <https://gegenuns.de/rashidjadla/>, zuletzt aufgerufen am 12.07.2021 um 14:47 Uhr.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

<sup>4</sup> Vgl. <https://taz.de/Migrantifa-ueber-Rassismus/!5696177/>, zuletzt aufgerufen am 12.07.2021 um 15:04 Uhr und <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-migrantifa-hessen-rueckzug-israel-feindliche-parolen-linke-szene-90073288.html>, zuletzt aufgerufen am 12.07.2021 um 15:07 Uhr.

2. Welchen prozentualen Anteil, bezogen auf die Gesamtkosten des Projektes „Gegen uns: Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt seit 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft“, nahm die finanzielle Förderung durch die Landesregierung ein? (Bitte auch die Gesamtkosten des Projektes und - sofern bekannt - die Zuwendungssummen anderer Zuwendungsgeber und deren jeweiligen prozentualen Anteil an der Gesamtförderung angeben.)

Zur Frage 2: Die länderübergreifende Web-Doku „gegenuns.de“ ist ein Projekt des Verbands der Opferberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. und der Opferberatung „Support“ der RAA Sachsen e.V.

Die Brandenburger Episode „Gegen uns. Baseballschlägerjahre in der Uckermark: Rechte Gewalt und Gegenwehr.“ ist ein eigenständiger und in sich abgeschlossener Beitrag der Opferperspektive e.V. zu dieser Web-Doku. Er wurde durch die Opferperspektive im Rahmen ihrer Jahresarbeit beantragt und erstellt. Da die Opferperspektive weder Gesamt-Projektträger ist, noch das Gesamtprojekt gefördert wurde, hat die Landesregierung weder Kenntnis über die Gesamtkosten des länderübergreifenden Projektes noch kann sie Auskunft zu anderen Zuwendungsempfängern oder einer prozentualen Aufteilung geben.

3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Engagement von externen Referenten bei dem Projekt „Gegen uns: Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt seit 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft“ und deren mögliche Zugehörigkeit zu bestimmten linken Gruppierungen?

Zur Frage 3: Keine.

4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten der „Migrantifa“ in Brandenburg?

Zur Frage 4: Keine.